

wöhnliche Weise durch den Druck der Parteibasis gegen alle Verzögerungsversuche des alten SED-Politbüros zustande gekommen. Dies geschah vor dem Hintergrund der zusammenbrechenden zentralistischen Struktur und Ordnung in der SED und der DDR.

Dennoch war der Sonderparteitag lediglich der erste Schritt auf einem langen Wege zu einer Modernisierung. Er konnte Fragen der konkreten historischen Situation aufwerfen und erste Antworten anzubieten versuchen. Daß manche dieser Antworten bereits kurz nach dem Sonderparteitag durch die gesellschaftliche und politische Entwicklung in und außerhalb der DDR sowie bei den früheren Verbündeten überholt waren, lag im rasanten Tempo des Wandels 1989/90 begründet. Überdies sahen die Delegierten des Außerordentlichen Parteitages die Notwendigkeit der Erneuerung ihrer Partei noch vor dem Hintergrund einer weiterexistierenden DDR. Wie der Gang der Ereignisse zeigte, mußte die Partei während des Vereinigungsprozesses radikal umdenken. Was für die Zeit nach dem 3. Oktober 1990 weiterhin Gültigkeit besaß, war der vom Sonderparteitag ausgehende „antistalinistische Grundkonsens“.

Zum Zeitpunkt des Außerordentlichen Parteitages war der Weg in die deutsche Einheit für viele bereits vorstellbar. Niemand konnte zu diesem Zeitpunkt jedoch voraussehen, in welchen Schritten und in welcher zeitlicher Dimension sich dieser Prozeß vollziehen würde. Nach dem Sonderparteitag der SED/PDS setzten sich folglich Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Partei unvermindert fort. Die zentrale, höchst kontrovers diskutierte Frage lautete im Dezember 1989 und Januar 1990: Auflösung der SED und Neugründung einer linken sozialistischen Partei in der DDR oder Reformierung und Umgestaltung der SED und ihrer überkommenen Strukturen innerhalb der früheren „Staatspartei“? In einer Grundsatzdiskussion entschied sich am 20. Januar 1990 der neue Parteivorstand mit 76 Stimmen gegen zehn Stimmen bei vier Enthaltungen für den Fortbestand der SED/PDS und gegen eine Auflösung der Partei. Die Auseinandersetzungen um diese Kardinalfrage der weiteren politischen Tätigkeit erlebten ihren Höhepunkt, als am 21. Januar 1990 der auf dem Sonderparteitag gerade erst zum Parteivize gewählte Wolfgang Berghofer – er hatte sich durch seine Gespräche mit der Bürgerbewegung in Dresden sowie durch seine souveräne Parteitagsmoderation einen Namen gemacht – sowie weitere 39 Parteimitglieder, darunter der gesamte Bezirksvorstand Dresden, aus der SED/PDS austraten.

Zeitlich parallel zu diesem „kollektiven Parteiaustritt“ schloß die Schiedskommission der SED/PDS am 20./21. Januar 1990 zahlreiche Spitzenfunktionäre der SED, darunter fast alle früheren Politbüromitglieder, aus der Partei aus.⁵⁸ Zugleich nahm die Schiedskommission Rehabilitierungen von in der SED zu Unrecht gemäßregelten Parteimitgliedern vor. Zu den Rehabilitierten gehörte auch Karl Schirdewan. In seinen kurz nach seinem Tode veröffentlichten Me-

58 Lediglich der aus gesundheitlichen Gründen nicht verhandlungsfähige Hermann Axen sowie Werner Eberlein und Siegfried Lorenz blieben Mitglieder der SED/PDS.